

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 41 (1962)  
**Heft:** 5

**Buchbesprechung:** Blick in die Zeitschriften

**Autor:** Fabian, Walter

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Er versucht meine Gedankengänge dadurch zu widerlegen, daß er eine recht primitive, angeblich «marxistische Erkenntnistheorie» vorträgt und mir einen Widerspruch zu Engels Meinung im Jahre 1890 nachweisen möchte. Dabei hat Genosse Müller völlig übersehen, daß die von mir erwähnte Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung im Sinne kausaler Determiniertheit des sogenannten ideologischen Überbaus durch den ökonomischen Unterbau aus dem Vorwort zur «Kritik der politischen Ökonomie» vom Jahre 1859 stammt und daß das von Genosse Müller herangezogene Engels-Zitat die Reaktion auf eine allgemein geübte Kritik an der ersten Formulierung des historischen Materialismus durch Marx und Engels war. Engels anerkennt im Jahre 1890 die Tatsache der Wechselwirkung zwischen Unter- und Überbau.

In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg haben wir übrigens in der «Roten Revue» die angeblichen dialektischen Gesetze nach F. Engels «Dührings Umwälzung der Wissenschaften» gründlich diskutiert, so daß wir unseren Kritiker auf die betreffenden Arbeiten verweisen dürfen. Dadurch, daß man Behauptungen formuliert: «Diese Wissenschaft ist der Marxismus» (Welcher Marxismus, jener von Marx und Engels, Rosa Luxemburg, von Rudolf Hilferding, Otto Bauer, von Lenin oder Stalin oder Chruschtschew, von Bucharin oder Trotzki?), dadurch daß man eine bloße Vorstellung als «Ahnung» und den «genauen Begriff» als «Wissen» definiert, zeigt man nur, wie gering die faktischen erkenntnistheoretischen Kenntnisse sind. Engels würde kaum mit der Auffassung einig gehen, daß die Bildung eines Begriffes von bestimmter Beschaffenheit aus einer Vielzahl von Vorstellungen als Ausdruck des dialektischen Gesetzes des Umschlages der Quantität in die Qualität zu bezeichnen sei. Als Beispiel erwähnte er in seinem Antidühring die Umwandlung der Aggregatzustände, wie zum Beispiel das Gefrieren von Wasser.

Im Aufsatz des Genossen Müller ist überhaupt keine Spur einer Widerlegung enthalten. Es liegen lediglich grobe sachliche Mißverständnisse und eine nicht genügende Kenntnis der marxistischen Literatur vor. Genosse Müller stützt sich offenbar auf jene angeblich marxistische Literatur, wie sie von kommunistischen Zirkeln als marxistisch verbreitet wird, und zwar von jener Klasse von Parteibürokraten, die sich in Rußland «das Arbeitsprodukt der arbeitenden Klasse» aneignen, was für die «einen Reichtum, Wissen und Macht», für die anderen, die Arbeiter, die Bauern, die sogenannten Kulaken usw. «Unterwerfung, Existenzkampf, wenn nicht gar Not und Elend» und ergänzen wir, Konzentrationslager bedeutet.

Schließlich sei noch erwähnt, daß sich der Ausdruck «Dialektischer Materialismus» weder bei Marx noch bei Engels findet, sondern eine Begriffsbildung Lenins bedeutet. Marxismus, Leninismus und Stalinismus sind sachlich nicht identisch, was wir persönlich übrigens schon im Jahre 1918 in unserer zum Teil naiven politischen Erstlingsarbeit: «Marxismus oder Bolschewismus?» nachgewiesen haben.

## Blick in die Zeitschriften

Die vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen, von Dr. Walter Fabian redigierten «Gewerkschaftlichen Monatshefte» (Köln) haben ihr Februarheft 1962 dem Thema Abrüstung gewidmet — im Hinblick auf die im März beginnende neue Abrüstungskonferenz, dar-

über hinaus aber, weil (wie es in einer redaktionellen Bemerkung heißt) das Problem «Gleichgewicht des Schreckens oder totale Abrüstung» von existentieller Bedeutung ist für den Frieden, für jeglichen sozialen Fortschritt, ja für den Fortbestand der Menschheit. Der Redaktion ist es gelungen, sich für dieses Heft die Mitarbeit von Dr. Elisabeth Rotten (Saanen), Dr. Arnold Künzli (Basel) und des britischen Friedensnobelpreisträgers Philip Noel-Baker zu sichern, deren Beiträge hohen informativen Wert haben, ebenso wie eine sehr gründliche und scharfsinnige Arbeit von Fritz Vilmar (Frankfurt), in der die gefährlichen Illusionen eines «Atomluftschutzes» erbarungslos zerstört werden. Weitere Aufsätze zeigen den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Innenpolitik (Notstandsgesetzgebung usw.) und behandeln die Aufgaben, die der Erwachsenenbildung in der heutigen weltpolitischen Situation gestellt sind. — Aus dem Berichtsteil des reichhaltigen Heftes seien hervorgehoben: die vierteljährliche kritische Übersicht zur deutschen Innenpolitik (Chefredaktor Dr. Hans Henrich, Hamburg), die Darstellung und Würdigung der deutschen Sozialpolitik nach der Bundestagswahl (Annemarie Zimmermann, Köln), ein Bericht über die Ministerkonferenz des GATT (Bruno Kuster, Genf) und zahlreiche Buchbesprechungen, unter anderm von Dr. J. W. Brügel (London), Walter Gyßling (Zürich) und Dr. Kasnacich-Schmid (Graz).

«*Der Volkswirt*», der soeben in seinem 15. Jahrgang sein «Gesicht» und sein Herstellungsverfahren modernisiert hat, veröffentlichte in Nr. 5 (2. Februar 1962) einen interessanten Aufsatz zur Ostpolitik aus der Feder eines sicht, die westliche Integration erschrecke den Kreml — darum wolle die Sowjetunion das wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik mehr für die «sozialistischen Länder» nutzbar machen: «Es hat den Anschein, als wolle seiner leitenden Redaktoren Dr. *Walter Trautmann*. Trautmann ist der Ansicht Chruschtschew dieses Ziel etwas kosten lassen.» «Warum kein deutsch-sowjetisches Direktgespräch?» fragte der Verfasser: «Was Moskau wirklich will, ist nur in Verhandlungen zu erfahren . . . Der wohlabgestimmten Aufklärungsversuche können nicht genug unternommen werden, um den Nebel zu durchstoßen, der die Szene im Kreml verbirgt, und um auch die geringste Chance zu nutzen, zu einem Modus vivendi zu kommen. So wichtig auch die Beantwortung des Aide-mémoire ist, der Denkschriftenaustausch kann das lebendige Gespräch nicht ersetzen.»

Ähnliche Überlegungen stellt auch *H. G. von Studnitz* in «*Christ und Welt*» (Nr. 3 vom 19. Januar 1962) an. Er beklagt, daß es «in Bonn an Ostexperten fehlt». Selten habe ein diplomatisches Dokument eine so «oberflächliche Beurteilung erfahren . . . wie die Denkschrift der Sowjetregierung zur Deutschland- und Berlinfrage». Der Verfasser macht dann genaue Vorschläge für die Beantwortung des Memorandums: «Die deutsche Antwort

sollte das Angebot einer Verstärkung des Osthandels als überaus wichtig registrieren und Wege zur Realisierung dieses Vorschlages aufzeigen.» Sie sollte in ihrer Antwort «die Wiedereinsetzung der Bundesrepublik in ihre Hoheitsrechte in der Sowjetzone» verlangen mit der Begründung: «Sobald diese Wiedereinsetzung erfolgt ist, wäre die Bundesregierung mit Hilfe der westdeutschen Wirtschaft in der Lage, die Industrien in Mitteldeutschland so instand zu setzen, daß sie in Kürze den gesteigerten Bedürfnissen der Sowjetunion an deutschen Waren gemeinsam mit den Fabriken in Westdeutschland nachkommen könnten.» Weiter solle es in der Antwort heißen: «Die Bundesregierung sieht im sowjetischen Memorandum ein hoffnungsvolles Zeichen für die Ausdehnung der Entstalinisierung auch im sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands.» Abschließend sagt der Verfasser: «In diesem Stil ließe sich das Sowjetmemorandum ungleich wirksamer beantworten als in der gewohnten sauertöpfischen Form. Diplomatische Noten an die Sowjetunion verlieren jeden Sinn, wenn sie seitens der Bundesregierung als Alibi ihrer selbstverständlichen Bündnistreue gegenüber dem Westen frisiert werden. Sie sollten so angelegt sein, daß sie die Gedanken der Sowjetregierung über die weitere Gestaltung ihrer Deutschlandpolitik anregen und, sofern dies nicht möglich ist, den Herren des Kremls jene Verlegenheit bereiten, in die sie so oft die westliche Welt versetzt haben.»

Auch Wolfgang Leonhard signalisiert (*«Die Zeit»*, Nr. 5, 2. Februar 1962) eine «Akzentverschiebung in der sowjetischen Deutschlandpolitik», vor allem unterscheidet er «das offene Eingeständnis (im russischen Memorandum) über Unterschiede in der Politik zwischen Ostberlin und Moskau... All dies zeigt erneut, daß die Zeiten der hundertprozentigen Übereinstimmung zwischen den sowjetzonalen Machthabern mit den Kremlführern der Vergangenheit angehören. Die Meinungsverschiedenheiten sind gewiß nicht überzubewerten. Wohl aber sind sie wert, festgehalten und vielleicht bei der bevorstehenden Antwort der Bundesrepublik auf das Aide-mémoire berücksichtigt zu werden.»

Aber wird Bonn eine solche aktive Ostpolitik versuchen, wie sie die drei zitierten Autoren und viele andere, zum Beispiel Prof. Golo Mann im *«Monat»*, nachdrücklich fordern? Die Wahrscheinlichkeit ist nicht groß, besonders wenn man die allgemeine Passivität der Bundesregierung in Rechnung stellt. Darüber schreibt alarmierend Marion Gräfin Dönhoff in einem Leitartikel «Bonn ohne Führung — fünf Monate nach der Wahl: geschäftige Planlosigkeit» (*«Die Zeit»*, Nr. 6, 9. Februar 1962), aus dem wir etwas ausführlicher zitieren wollen:

«Die Wahlen zum Bundestag fanden am 17. September 1961 statt. Es sind also seither fast fünf Monate vergangen. Rund 10 Prozent der Legislaturperiode liegen bereits hinter uns, ohne daß die neue Regierung auch

nur irgendwelche Lebenszeichen von sich gegeben, geschweige denn die Dinge in die Hand genommen hätte. Offenbar haben die Anstrengungen der Regierungsbildung, das wochenlange Feilschen, Bluffen, Intrigieren alle Beteiligten so erschöpft, daß sie zum Regieren keine Kraft und Lust mehr haben. Und auch wir, das Publikum, sind der allgemeinen Apathie verfallen. Wie tief erregt waren die meisten von uns damals nach dem 13. August und vor dem 17. September, wie klar war uns, daß es jetzt aufs Ganze gehe! Man war damals ganz wach und zu Opfern bereit — eine ideale Situation für den Staatsmann. Und was hat die Regierung daraus gemacht? Nichts, aber auch gar nichts. Fünf Monate sind vertan, verschlampt, vergeudet worden.

Erst vor vierzehn Tagen hat man sich endlich über die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse geeinigt. Bis dahin stand die Gesetzesmaschine einfach still... Nicht anders sieht es in der Außenpolitik aus. Am 27. Dezember 1961 erhielt Botschafter Kroll im Außenministerium in Moskau eine Auszeichnung ausgehändigt, die inzwischen als ‚sowjetisches Memorandum‘ in die öffentliche Diskussion eingegangen ist. Bis zum heutigen Tage ist zu diesem Memorandum nicht Stellung genommen worden... Ganz sicher ist es ein Verdienst unserer Regierung, daß sie bisher jedwede Versuchung vom Volke ferngehalten hat. Ich meine die Versuchung, sich zwischen zwei Rivalen hochzuschaukeln und nach Titos Vorbild Vorteile (in unserem Falle natürlich politische Vorteile) von beiden Seiten einzuhimsen. Ganz sicher ist es ferner richtig, alles zu vermeiden, was die Westmächte aus der Verantwortung für Berlin und für die Wiedervereinigung entlassen könnte; also jede Handlung dreimal zu überlegen... Aber der springende Punkt ist: Dreimal überlegen.

Dreimal überlegen — das Schlimmste ist, man hat keineswegs die Gewißheit, ja nicht einmal den Eindruck, daß dies geschieht. In Bonn wird nicht diskutiert, beraten, analysiert, in Bonn wird stumm und ohne jeden Gedankenaustausch durchgehalten, was einmal vor vielen Jahren im Hinblick auf die Wiedervereinigung als Doktrin festgelegt wurde... Der Kanzler diskutiert nicht, er hat keinen *Braintrust* und auch niemanden, der gelegentlich einmal eine Schaufel nimmt und den alten Argumentenhaufen hochhebt, um zu sehen, was eigentlich darunter ist. Auch gibt es unter den Kabinettsmitgliedern oder in der hohen Bürokratie niemanden, mit dem Konrad Adenauer berät oder debattiert... Wozu dieser Zustand führt, ist nie so deutlich geworden wie gerade jetzt. Da nämlich keine gemeinsame Meinung in außenpolitischen Fragen erarbeitet wird, wissen alle miteinander gar nicht, daß sie von ganz verschiedenen Standpunkten ausgehen. Und da sie miteinander nicht diskutieren, greift die recht überraschende Gewohnheit immer mehr um sich, daß Koalitionspartner und sogar Fraktionskollegen

einander durch das Medium von Pressekonferenzen und Zeitungsartikeln die Meinung sagen.»

Gräfin Dönhoff erwähnt dann im einzelnen die grundverschiedenen Ansichten, die Gerstenmaier, Strauß, Mende, Brentano, Grade, Krone und Mischnick in den letzten Wochen zur deutschen Ostpolitik geäußert haben: «Viele einander widersprechende Äußerungen der Koalitionspartner und Regierungsmitglieder umranken den allgemeinen Immobilismus in Bonn, und man weiß nicht, was schlimmer ist: die Führungslosigkeit oder die Erstarrung. Auf die Frage: Wer regiert? kann man nur antworten: Niemand regiert.» —

Zum Abschluß unserer Zeitschriftenschau ein paar kurze Hinweise. Das «*Israel-Forum*», das vor Jahren als vervielfältigtes Mitteilungsblatt entstand, erscheint seit Januar 1962 als gutgedruckte, ansprechend illustrierte Zeitschrift im eigenen Verlag in Rothenburg ob der Tauber. Dem Heft 1 haben Probst Grüber, der Frankfurter Oberbürgermeister Bockelmann und Dr. Hermann Pünder Geleitworte mit auf den Weg gegeben. Der Inhalt des Heftes vermittelt ein vielseitiges und anschauliches Bild vom Alltag und vom kulturellen Leben in Israel, vor allem in Hinsicht auf jene Menschen, die in Gruppen nach Israel reisen und sich durch diese Lektüre vorbereiten wollen.

«*Gut wohnen*», die vom Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln herausgegebene Monatsschrift, bringt im Februarheft 1962 eine Reihe interessanter Berichte aus verschiedenen Ländern, so über Wohnungsbaugenossenschaften in Frankreich, über neue Ideen für Wohnungen von alten Menschen in den USA, über das englische Heim und über moderne Möbel in Schweden, Holland, England, Finnland und Dänemark.

«*Neue Heimat*», Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau, enthält im Januarheft 1962 unter anderm einen reich dokumentierten, gut illustrierten Bericht über Sanierungs- und Wohnungsbauprobleme in Nigerias Hauptstadt Lagos von Oberbaurat *Theodor Schüler*, der mit einer Hamburger Senatsdelegation die westafrikanischen Länder bereist hat.      *Walter Fabian*

## Literatur

### Politische Oekonomie und Personenkult

In Nr. 16 der sowjetischen Wochenschrift «Ekonomitscheskaja Gazeta» (Oekonomische Zeitung) hat L. Leontjeff, korrespondierendes Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, einen sehr langen Artikel veröffentlicht: «Reminiszenzen eines Alten und die Erfordernisse des Lebens», dessen Inhalt hier wiedergegeben wird.

Der XXII. Parteitag der KP der Sowjetunion hat die sozialen Wissen-